

„Abgrundtiefes Misstrauen“ gegenüber der Verwaltung

Heftige Debatten in der Bad Segeberger Stadtvertretersitzung

Von Wolfgang Glombik

Bad Segeberg. Im Bürgersaal ging es am Dienstag alles andere als bürgerlich zu. Stadtvertreter schrien sich an, die wenigen Besucher auf den Zuschauerrängen schüttelten die Köpfe. Quer durch den Saal schien sich ein tiefer Graben aufzutun. Auf der einen Seite CDU- und SPD-Fraktion quasi Arm in Arm mit der Verwaltung, auf der anderen Seite BBS, Grüne und Unabhängige, die aber zusammen nicht genügend Stimmen zu sammenbrachten, um sich in entscheidenden Punkten gegen die Mehrheit von CDU und SPD durchsetzen zu können.

Hauptstreitpunkt war das sogenannte „Modul-Haus Bienenhof 1a“, das als Flüchtlingsunterkunft dient und das der BBS am liebsten abbauen und an anderer Stelle in Bad Segeberg wieder aufbauen würde, weil das den Anliegern in der Südstadt einmal so versprochen wurde. Kosten: 80 000 bis 90 000 Euro. Das andere heiße Thema war der Vorwurf des BBS an die Verwaltung, die Stadtvertreter nicht ausreichend zu informieren.

Norbert Reher (CDU) warf dem anderen Fraktionschef Torsten Bohlmann vom BBS „Populismus“ vor. Dieser hatte von „Taktik“, ja von „Wortbruch“ der Verwaltung gegenüber ihren Bürgern gesprochen. Bürgermeister Dieter Schönfeld (SPD) wurde persönlich, erinnerte Bohlmann unvermittelt daran, dass dieser doch Beamter sei und einen Eid auf die Verfassung geschworen habe. Aber er konkretisierte seinen Hinweis nicht, welchen Grundgesetz-Paragraphen denn Bohlmann verletzt haben soll, wenn er die Meinung des Bürgerblocks im Plenum vorträgt. Ein einmaliger Vorgang im „Stadtparlament“. Heino Pfeiffer (BBS) echauffierte sich angesichts der Störungen durch die SPD, wenn andere reden: „Das ist doch keine Demokratie“. Uwe Rönnefeldt (SPD) konterte: „Unverschämtheit“.

Angefacht hatte die Stimmung ein Beschwerdebrief von Anliegern rund um die Flüchtlingsunterkunft Am Bienenhof. Die 13 Unterzeichner teilten mit, dass sie an einer Anwohnerversammlung nicht teilgenommen haben, weil den „dort getroffenen Aussagen kein Glaube geschenkt werden kann –



Torsten Bohlmann (BBS): „Viele Bürger sind frustriert.“ FOTOS: GLOMBIK

Stadtvertretung Bad Segeberg



Politikverdrossenheit“. Bislang habe die Stadt ihre Versprechen in den Versammlungen nicht eingehalten. Und der Hinweis der Stadt, man könne das Gebäude ja auch als Obdachlosenunterkunft nutzen, sei „brutal“. Schönfeld kündigte an, mit den Anliegern über deren Probleme zu reden. Aber die Stadt müsse Unterkünfte vorhalten. „Das Schlimmste wäre es, wenn wir die Bugspitze der Flüchtlingswelle gut gemeistert haben und anschließend in den Zwang kämen, Turnhallen nutzen zu müssen“. Jens



Bürgermeister Schönfeld (SPD): „Sie sind doch Beamter, Herr Bohlmann.“

„Bislang hat die Stadt ihre Versprechen in den Versammlungen nicht eingehalten.“

aus dem
Beschwerdebrief
von Anliegern
Am Bienenhof

Lichte (SPD): „Wir haben noch 80 freie Plätze, aber 2017 werden etwa 200 Asylbewerber dazukommen.“ Mit 15 zu 10 Stimmen setzten sich CDU und SPD durch. Das Modulhaus bleibt also in der Südstadt für Flüchtlinge.

Ein anderer BBS-Vorstoß, die Verwaltung zu verpflichten, alle ihre Infos herauszurücken, wenn der Datenschutz nicht dagegen spreche, scheiterte ebenso an CDU und SPD. Norbert Reher dazu: „Mich erschreckt das abgrundtiefe Misstrauen der Ehrenamtler gegenüber der Verwaltung. Das ist durch nichts gerechtfertigt.“ Doch Bohlmanns Meinung dazu ist klar: „Die Verwaltung sollte niemals den Verdacht aufkommen lassen, dass durch das Vorenthalten von Informationen Entscheidungen manipuliert wurden.“ Schönfeld empört: „Sie haben nichts verstanden. Es darf keine Hintertür geben zur Missachtung des Datenschutzes.“

KOMMENTAR

Verwaltung kann mit Kritik nicht umgehen

Es ist symptomatisch: Wenn sich schüchterner Beifall für kritische Debattenbeiträge gegen Bürgermeister oder ihr genehme Stadtvertreter rührt, geht Bürgervorsteherin Ingrid Altner als Sitzungsleiterin resolut dazwischen. Beifallskundgebungen seien verboten, schimpft sie dann. Wird hingegen die tolle Stadtverwaltung beklatscht, kann sie nicht genug davon bekommen, wendet sich vergnügt den Amtsleitern zu und flötet



Von Wolfgang Glombik

„Ihr Beifall“. Die Verwaltung kann mit Kritik nicht umgehen. Tief verletzt sind ihre Vertreter, wenn man ihnen

unterstellt, dass sie nicht bürgernah seien, ihr eigenes Süppchen kochten. Aber spätestens, nachdem den Politikern verschwiegen worden ist, dass man im B-Plan-Gebiet Nelkenweg ein Flüchtlingsheim plante, ist das Vertrauen futsch. Das muss kein Manko sein: Nur ein Politiker, der misstrauisch ist, kann Verwaltung kontrollieren. Er muss fragen, kritisieren, unangenehm werden. Dafür wurde er gewählt. Nicht fürs Klatschen.

